

1 DIE LINKE. Berlin
2 5. Landesparteitag
3 1. Tagung
4 8./9.11.2014

5
6 **Antrag A 2 neu**

7 (mit [modifizierten] Übernahmen von ÄA 2.2.1 und ÄA 2.1)

8 Einreichender: Landesvorstand

9

10 Der Parteitag möge beschließen

11 **Für ein soziales Berlin - für eine starke LINKE in ganz Berlin**

12

13 Das Land Berlin wird von der rot-schwarzen Regierungskoalition grotesk schlecht regiert. Darüber
14 kann der angekündigte Rücktritt des Regierenden Bürgermeisters Klaus Wowereit (SPD) nicht
15 hinwegtäuschen. Die innerkoalitionären Konflikte sind damit auch nicht gelöst oder aufgehoben.

16 Dieser Senat ist bereits nach drei Jahren politisch am Ende. Deshalb ist unsere Forderung nach
17 Neuwahlen folgerichtig.

18 Die Probleme sind deutlich sichtbar: Die Spaltung zwischen reich und arm, zwischen
19 hoffnungsfrohen und ausgegrenzten Menschen wächst. Die Bezirke stehen am Rand der
20 Handlungsunfähigkeit. Der öffentliche Dienst leidet an Personalmangel in vielen Bereichen der
21 Haupt- und Bezirksverwaltungen. Dennoch geht der Personalabbau unvermindert weiter. Die
22 Schulreform hin zu gemeinsamem Lernen stagniert, die Kitas haben nicht genug Erzieherinnen und
23 Erzieher. Die Straßen und öffentlichen Gebäude drohen weiter zu zerfallen. Trotz Zunahme der
24 sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung bleibt die Langzeiterwerbslosigkeit unvermindert hoch.
25 Der Senat versucht, die berechtigten Flüchtlingsproteste weg zu verwalten. Der Flughafen ist ein
26 Dauerbrenner wachsender Pleiten, Pech und Pannen. Die Wohnungsnot ist in der Stadt akut,
27 dennoch können sich Senat und Koalition nicht auf wirksame Maßnahmen einigen. Stattdessen
28 streben sie mit der Olympiabewerbung ein weiteres Großprojekt an, das die jetzt notwendigen
29 Infrastruktur- und Investitionsmittel in unverantwortlicher Weise bindet und die Stadt den
30 Gewinninteressen des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) und seinen milliardenschweren
31 Großsponsoren ausliefert.

32 Trotz der Probleme und trotz seiner Regierung ist Berlin eine lebenswerte Stadt, die eine enorme
33 Anziehungskraft auf unterschiedliche Menschen, Berufsgruppen, Milieus ausübt. Junge Kreative aus
34 ganz Europa und der Welt kommen ebenso nach Berlin wie LebenskünstlerInnen, Geflüchtete,

35 WanderarbeiterInnen, Studierende, junge Familien, hochqualifizierte Fachleute oder Seniorinnen
36 und Senioren, die auf ihre alten Tage in einer Metropole und Kulturhauptstadt leben möchten. Und
37 auch die Berlinerinnen und Berliner selber mögen ihre Stadt und möchten sie verändern.
38 Die noch von der LINKEN in der rot-roten Koalition bis 2011 durchgesetzten Formen direkter
39 Demokratie haben die Berlinerinnen und Berliner angenommen als Instrument, selbst in die
40 Gestaltung der Stadt und des Gemeinwesens einzugreifen und den Senat damit zum Handeln zu
41 zwingen.
42 Die größte politische Wirkung hat dabei der Volksentscheid zum Tempelhofer Feld im Mai 2014
43 erzielt – gegen den Senat und gegen ein von der SPD organisiertes breites Bündnis Berliner
44 Multiplikatoren von Gewerkschaften über Wohnungsbaugesellschaften, die landeseigenen
45 Unternehmen bis zu kleineren Organisationen und Verbänden. "Wem gehört die Stadt?" - die Frage
46 haben über 739.000 Wählerinnen und Wähler klar beantwortet: den Berlinerinnen und Berlinern.
47 Dieser Volksentscheid markiert eine Zeitenwende für Berliner Politik. Erstmals hat der Senat einen
48 Alternativentwurf vorgelegt, erstmals haben die Berlinerinnen und Berliner aktiv NEIN dazu gesagt.
49 Der Volksentscheid hat gleichzeitig massive Demokratiedefizite in der Stadt offen gelegt. Ein
50 gewichtiger Teil der Bevölkerung, nämlich die BerlinerInnen ohne deutschem Pass, war von der
51 Mitwirkung ausgeschlossen. Die Reform des Wahlrechts steht deshalb dringend auf der
52 Tagesordnung vor allem der Bundesebene.

53

54 **1. Einmischen bringt's: Unsere Rolle in der Stadt**

55

56 Berlin ist aktiv. Nicht nur die erfolgreichen Volksbegehren und -entscheide auf Landes- und auf
57 Bezirksebene verändern die Stadt und die politischen Kräfteverhältnisse in der Stadt. Immer mehr
58 Bürgerinnen und Bürger nehmen ihre Interessen in die Hand, organisieren sich in MieterInnen- und
59 AnwohnerInnen-Initiativen gegen Mieterhöhungen, Gentrifizierung, die Vernichtung von Wohn- und
60 Freiräumen. Seit zwei Jahren haben Flüchtlinge die verheerenden Folgen der EU- und
61 bundesdeutschen Flüchtlingspolitik durch ihre vielfältigen Proteste sichtbar gemacht und mitten in
62 die deutsche Hauptstadt getragen. Dieses Engagement ist sowohl Ausdruck gewachsener
63 Beteiligungsansprüche als auch der ausgeprägten Unfähigkeit der Koalition, ihre politischen
64 Hausaufgaben zu machen.

65 Alle Parteien sind gut beraten, sich mit den unterschiedlichen Initiativen und Anliegen der
66 Bevölkerung ernsthaft auseinander zu setzen.

67 DIE LINKE. Berlin ist mit vielen Mitgliedern in unterschiedlichen Initiativen und Bewegungen, in
68 Gewerkschaften und Verbänden aktiv und Teil von Protest und Ansätzen alternativer Politik. Dabei
69 wollen wir Partner sein für außerparlamentarische Aktivitäten und Proteste und diese an den
70 geeigneten Stellen in die Parlamente tragen.

71

72 Gewerkschaften, linksalternative und radikaldemokratische linke Milieus sind gegenüber unserer
73 Politik wieder aufgeschlossener. Auch durch ihren Zuspruch haben wir zur Bundestagswahl 2009 ein

74 im Bundesvergleich gutes Ergebnis erringen und ein zusätzliches Mandat gewinnen können. DIE
75 LINKE. Berlin füllt - nach zehn Jahren Regierungsverantwortung - die Rolle der Opposition in der
76 Stadt immer besser aus. Und das im Wissen um die Widersprüchlichkeit vieler politischer Prozesse
77 und der unterschiedlichen Interessen in der Berliner Bevölkerung. Sie spiegeln sich auch in unserer
78 Partei und in den verschiedenen uns nahe stehenden Milieus wider.

79

80 Die zehn Jahre Regierungsverantwortung mit der SPD haben in der Stadt unterschiedliche
81 Wirkungen erzielt. Lange Jahre standen die Fehler des Regierungshandelns der PDS/LINKE im
82 Vordergrund der Wahrnehmung insbesondere linker Kreise. Dazu zählen für viele Menschen die
83 Privatisierung der GSW, der Umgang mit dem Wasservolksbegehren oder die Auseinandersetzungen
84 um das Blindengeld.

85

86 Und es gibt Politikfelder, in denen wir uns gegen den Koalitionspartner SPD damals nicht
87 durchsetzen konnten, was uns heute gerade bei außerparlamentarischen Kräften zum Nachteil
88 gereicht. Dazu zählt besonders die Bekämpfung der steigenden Mieten und der
89 Gentrifizierungsprozesse, die bereits ab 2009 absehbar waren, von der SPD aber konsequent
90 geleugnet wurden.

91 Wir haben erfahren, dass auch Gewerkschaften von der LINKEN in Regierungsverantwortung immer
92 mehr als von der SPD oder anderen Parteien erwarten. Eine offene Unterstützung für eine
93 Regierungsverantwortung wird so aus dem außerparlamentarischen Raum nur selten artikuliert und
94 ist auch jetzt kaum zu erwarten. Dennoch erfüllen wir in Berlin für Gewerkschaften eine wichtige
95 Funktion: als Unterstützerin für außerparlamentarische Aktionen und Arbeitskämpfe und um die SPD
96 inhaltlich und politisch unter Druck zu setzen.

97 Aber wir dürfen auch selbstbewußt auf die Reformprozesse hinweisen, die wir angestoßen und
98 umgesetzt haben und die es ohne uns nicht gegeben hätte. Dazu zählen die Ausweitung direkt-
99 demokratischer Beteiligungsmöglichkeiten, die Einführung der Gemeinschaftsschule, das

100 Vorantreiben aktiver Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik, die Orientierung staatlicher

101 Wirtschaftspolitik an der Wiederbelebung industrieller Strukturen als ein wichtiges Rückgrat für die

102 Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung, Regelungen und Gesetze, die die Vergabe öffentlicher

103 Aufträge und von Unternehmensförderung an soziale und gesellschaftspolitische Kriterien bindet

104 wie Mindestlohn und Frauenförderung, die Einführung einer auf Partizipation und Gleichstellung

105 ausgerichteten Politik der Integration von Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft, die Öffnung der

106 Verwaltungs- und landeseigenen Unternehmensstrukturen für den Abbau patriarchaler

107 Diskriminierung, die Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen, das Sozialticket und der Berlin-

108 Pass, eine Regelung für Kosten der Unterkunft, die Hartz-IV-Beziehenden den Verbleib in ihren

109 Wohnungen ermöglichen soll und vieles andere mehr. Die Verhinderung des vom damaligen

110 schwarz-roten Senat geerbten Haushaltsbankrotts und Bankenskandals hat einerseits viele

111 schmerzhaft Opfer mit sich gebracht, hat aber andererseits auch mittelfristig haushaltspolitische

112 Spielräume eröffnet.

113 Die Lücke zwischen politischem Anspruch und seiner Durchsetzbarkeit ist nicht auf die Landesebene
114 beschränkt, sondern auch in den Bezirken deutlich zu erkennen. Auch nach der verlorenen
115 Abgeordnetenhauswahl 2011 arbeiten LINKE-Stadträte in fünf Bezirksämtern mit. Sie tragen in ihren
116 Ressorts direkte Verantwortung und das meist gegen politische Mehrheiten im Bezirk und gegen die
117 Vorgaben des Senats. Konflikte mit den jeweiligen Mehrheiten im Bezirksamt und der BVV sind oft
118 die Folge. Sie müssen kommuniziert und transparent gemacht werden, wenn wir die
119 Widersprüchlichkeit nutzen wollen, um die eigenen Positionen zu schärfen und realitätstauglich zu
120 halten. In der Kommunalpolitik beweist es sich, dass sich die LINKE weiterhin vor Ort als pragmatisch
121 gestaltende und soziale Kümmerpartei bewährt.

122

123 DIE LINKE. Berlin ist nicht auf eine Zielgruppe beschränkt. Sie ist Mitgliederpartei, sie ist parteiisch.
124 Sie ist Partei in der ganzen Stadt und für die ganze Stadt - mit unterschiedlichen Hochburgen auf
125 unterschiedlichen Niveaus.

126 Die Bundestags- und Europawahlen haben gezeigt: DIE LINKE. Berlin kann mit Fug und Recht
127 behaupten, ihre Rolle als reine Ost-Partei überwunden zu haben. Wir sind jetzt auch im Westen
128 stabil bei zehn Prozent, in einigen Stadtteilen Neuköllns, Kreuzbergs und Schönebergs konstant
129 zweistellig und in manchen Stimmbezirken bereits zweitstärkste Kraft. Zu den Hochburgen im Ostteil
130 der Stadt gesellen sich jetzt auch West-Hochburgen, wenn auch auf unterschiedlichen Niveaus.

131

132 Das WählerInnen- und UnterstützerInnenpotential der Linken in Berlin ist heterogen und setzt sich
133 aus unterschiedlichen Milieus zusammen, die auch noch je nach Kiez und Bezirk unterschiedlich
134 zusammen gesetzt sind und unterschiedlich stark auf DIE LINKE orientieren.

135

136

137 **DIE LINKE. Berlin für die nächsten Wahlen vorbereiten**

138 Die Entwicklung Berlins in den letzten drei Jahren hat gezeigt: Berlin braucht eine starke LINKE, um
139 die weitere soziale Spaltung aufzuhalten, demokratische Teilhabe zu stärken und die
140 Lebensbedingungen in der Stadt für alle Menschen zu verbessern. Die Stärkung der Linken in der
141 gesamten Stadt ist deshalb unser vordringliches Ziel. Dabei arbeiten wir als Partei für die gesamte
142 Stadt im Wissen um die unterschiedlichen Milieus und unterschiedlichen Wählergruppen, die wir in
143 den einzelnen Bezirken erreichen können.

144 Für die gesamte Landesorganisation heißt das

- 145 • Wir entwickeln weitere inhaltliche Angebote, um unsere gesamtstädtische Verankerung
- 146 auszubauen und in der ganzen Stadt stärker zu werden
- 147 • Wir pflegen die Hochburgen
- 148 • Wir kämpfen auf Landes- und Bezirksebene mit gemeinsamen zentralen Wahlaussagen,
- 149 aber auch mit bezirksspezifischen Aussagen und Ansprachen für eine Stärkung der
- 150 Linken auf allen Ebenen

- 151
- Wir kämpfen um eine starke Präsenz in den Bezirksämtern und streben StadträtInnen *in*
- 152 *weiteren* Bezirken an (**modifizierte Übernahme ÄA 2.2.1 Krezschmer u.a.**)
- Wir kämpfen um starke BVV-Fraktionen in allen Bezirken, das heißt auch: wir wollen in
- 153 die BVVen in Steglitz-Zehlendorf und Reinickendorf einziehen und wir wollen wieder
- 154 stärkste Fraktionen in den Ost-Bezirken und Ost-West-Bezirken werden
- 155
- 156

157 **2. Aufgaben der LINKEN in den nächsten zwei Jahren:**

158

159 **A. Parteireform fortsetzen – Mitgliederarbeit intensivieren**

160

161 Wir wollen das Jahr 2015 nutzen, um die Mitgliederarbeit und die Mitgliederwerbung in den

162 Vordergrund der Parteiarbeit zu stellen.

163 Der neue Landesvorstand wird gemeinsam mit den Bezirksvorständen damit beauftragt, den

164 gemeinsamen Arbeitsschwerpunkt Mitgliederarbeit 2015 zu koordinieren und voranzutreiben. Dazu

165 gehört auch ein regelmäßiger Erfahrungsaustausch über Reformprozesse und Neustrukturierungen

166 auf Bezirksebene.

167

168 Der Landesvorstand wird beauftragt, mit den Bezirken und der LAG Betrieb und Gewerkschaft die

169 Bildung von Betriebsgruppen zu prüfen. Damit könnte mittel- bis langfristig eine zweite

170 Organisationsebene neben dem Wohnortprinzip in die Partei eingezogen werden, die es

171 günstigenfalls weiteren Mitgliedern ermöglicht, sich aktiv in die Parteiarbeit einzubringen und den

172 Einfluss der Linken auf betriebliche und gewerkschaftliche Politik zu steigern vermag.

173

174 Wir wollen diskutieren, wie wir die Mitglieder zur stärkeren inhaltlichen und praktischen Mitarbeit

175 motivieren und dabei deutlich mehr Rücksicht auf die individuelle Balance zwischen Ehrenamt,

176 Freizeit und Familie nehmen können. Die Arbeit in unserer Partei muss auch Spaß machen. Wir

177 wollen Räume schaffen, in denen sich die Mitglieder jenseits von Gremienarbeit und

178 Versammlungen besser kennenlernen und auch mal gemeinsam feiern können. So wichtig der Streit

179 in der Sache ist, braucht es vor allem auch ein positives und motivierendes Parteileben. Nur wenn

180 wir uns selbst gut finden, werden auch andere uns mögen.

181

182 Der Landesvorstand wird beauftragt, gemeinsam mit den Bezirken und Zusammenschlüssen die

183 Politische Bildung in der Landesorganisation weiter zu entwickeln, um die Ehrenamtlichkeit zu

184 stärken, die Anerkennung für ehrenamtliches Engagement zu vertiefen, die Qualifikation der aktiven

185 Haupt- und Ehrenamtlichen in der Landesorganisation zu verbessern und Spaß und gemeinsames

186 positives Erleben in der Parteiarbeit zu organisieren und zu vermitteln. Die Herbstakademie Ende

187 November ist dazu bereits ein wichtiger Baustein.

188

189 In der letzten Zeit sind immer mehr jüngere Menschen zu uns gestoßen – sei es im Rahmen der
190 Arbeit unseres Jugendverbandes Linksjugend [´solid] oder in den unseren Bezirksverbänden vor Ort.
191 Wir wollen den Schwerpunkt Mitgliederarbeit auch dazu nutzen, sie dauerhaft für eine Mitarbeit in
192 der LINKEN und unserem Jugendverband zu begeistern. Wir laden alle jungen GenossInnen dazu ein,
193 ihre Ansprüche an die Arbeit in und bei unserer Partei offensiv zu formulieren und sich ihre eigenen
194 Räume zu suchen und zu besetzen. Richtig bleibt aber auch die alte Erkenntnis, dass wir sie nicht
195 schnellstmöglich in immer mehr Funktionen verschleifen, sondern sie darin unterstützen sollten,
196 ihren Platz in der LINKEN zu finden und sich ausprobieren zu können. Gerade in diesem
197 Zusammenhang sind Spaß und gute politische Bildungsarbeit essentiell.
198 Ein wichtiger Bestandteil der Parteireform auf allen Ebenen ist, auch die finanzielle Situation des
199 Landesverbands *und der Bezirksverbände (ÜN ÄÄ 1.2. BV FX u.a.)* weiter zu konsolidieren. Erste
200 Schritte wie die Neugestaltung von Mandatsträgerbeiträgen und die noch in Diskussion befindliche
201 Neugestaltung des Finanzierungsmodells sind ein wichtiger Beitrag

202

203 **B. Aktionsfähigkeit ausbauen**

204

205 Die vergangenen Wahlkämpfe und Kampagnen zu den Volksentscheiden „Neue Energie für Berlin“
206 und „100% Tempelhofer Feld“ haben gezeigt, dass wir eine aktionsfähiger Landesverband sind. Wir
207 sind gut darin, unsere Mitglieder zu mobilisieren und auf der Straße sichtbar zu sein. Diese Stärke
208 wollen wir aber auch außerhalb von Wahlkämpfen und Volksentscheid-Kampagnen ausbauen. Viele
209 neue Mitglieder, die wir besonders in solchen Phasen gewinnen können, erwarten auch danach ein
210 aktives Parteileben. Der Landesvorstand und die Bezirksvorstände werden beauftragt, gemeinsam
211 die bezirksübergreifende Arbeit zu intensivieren. Wir sind alle Mitglieder eines gemeinsamen
212 Landesverbandes mit vielfältigen Mitmach-Möglichkeiten auf einer kleinen räumlichen Fläche.
213 Anders als in Flächenländern sind die Wege zu Aktionen, Demonstrationen, Diskussionen oder
214 Angeboten politischer Bildung deutlich kürzer und leichter zu bewältigen. Dies wollen wir nutzen
215 und so die Zusammenarbeit in Theorie und Praxis verbessern. Wir wollen uns solidarisch
216 unterstützen und voneinander lernen, sei es bei der Sammlung von Unterschriften zu bezirklichen
217 Bürgerbegehren, bei Protesten gegen Nazi-Demos oder spannenden Veranstaltungen
218 DIE LINKE. Berlin beteiligt sich an der bundesweiten Kampagne zur Bekämpfung prekärer
219 Beschäftigung und prekärer Lebensverhältnisse und übersetzt sie auf die Berliner Situation für „Gute
220 Arbeit, gutes Leben“. Wir wollen die Kampagne in den Arbeitsschwerpunkt „Mitgliederentwicklung
221 2015“ und Zukunftsdialog soziales Berlin einbinden.

222

223 **C. Zukunftsdialog „Soziales Berlin“ fortsetzen**

224 Ein wesentlicher Schwerpunkt für den neuen Landesvorstand in den Jahren 2015 und 2016 ist die
225 Vorbereitung der Wahlen 2016.

226 Wir werden deshalb den Prozess „Zukunftsdialog soziales Berlin“ fortsetzen. Die Bausteine zur
227 Wohn- und Mietenpolitik sowie zu „Berlin in Europa - Berlin in der Region“ haben wir entwickelt und

228 verabschiedet. Der Baustein zu „Gute Arbeit in Berlin“ ist unter breiter Beteiligung in der
229 Entwicklung. Wir haben dabei unterschiedliche Erfahrungen sammeln können und nicht bei allen
230 Themen ist die Beteiligung gleichmäßig hoch. Dennoch wollen wir gemeinsam folgende weitere
231 Bausteine entwickeln:

- 232 - Armut bekämpfen – sozialen Zusammenhalt stärken
- 233 - Bildung, Wissenschaft und Kultur
- 234 - Verkehrspolitik und Stadtentwicklung
- 235 - Demokratisierung, Vielfalt und Bürgerrechte
- 236 - Infrastrukturinvestitionsprogramm

237

238 Zu allen Bereichen gibt es bereits Erarbeitungen in den Bezirken und BVV-Fraktionen, den
239 thematischen Zusammenschlüssen und in der Abgeordnetenhausfraktion. Der Landesvorstand wird
240 beauftragt, die Zusammenführung dieser Ansätze zu koordinieren und dafür zu sorgen, dass der
241 Zukunftsdialog bis Ende 2015 zu einem vorläufigen Abschluss geführt wird. Die Ergebnisse sind
242 inhaltlicher Fundus für die Erarbeitung des Wahlprogramms 2016.

243

244 **D. Vorbereitung der Wahlen zum Abgeordnetenhaus und zu den BVVen**

245 Die Vorbereitung der Wahlen und der Wahlkampf spätestens 2016 gehören zu den zentralen
246 Aufgaben des neuen Landesvorstands. Die Vorbereitungen beginnen im Herbst 2014 mit der
247 Konstituierung der Kommission Strategie und Wahlen, einem Beratungsgremium, das
248 wahlstrategische Vorüberlegungen anstellt, Parteienbeobachtung betreibt, die demoskopische Lage
249 beobachtet und einschätzt, sowie Zuarbeiten für die Wahlstrategie und das –programm erstellt.

250

251 Erste Aufgaben sind:

- 252 • Identifizierung der wichtigsten Sorgen und Wünsche der Menschen in unserer Stadt
- 253 • Identifizierung der zentralen Themen und Botschaften, mit denen wir DIE LINKE auf
254 Landes- und Bezirksebene stärken
- 255 • Identifizierung der ansprechbaren Milieus und Bevölkerungsgruppen
- 256 • Identifizierung der jeweils notwendigen Ansprachen – Möglichkeit der Differenzierung je
257 nach Bezirk, Milieu und Bevölkerungsgruppe

258

259 Konkrete Schritte:

- 260 • partizipative Erarbeitung des Wahlprogramms
 - 261 ○ der Landesvorstand erarbeitet mit der Kommission Strategie und Wahlen, der
 - 262 AG „Zukunftsdialog“, der AG Bezirke, den Zusammenschlüssen und der Fraktion
 - 263 auf Grundlage der Textbausteine im Rahmen des Zukunftsdialogs eine
 - 264 inhaltliche Klammer für die gesamtstädtische Wahlkampagne, die
 - 265 bezirksspezifische Ansprachen zu lässt

266 ○ Wir führen Regional- und/oder Basiskonferenzen zu zentralen Themen durch,
267 um die Mitgliedschaft in die Erarbeitung so weit wie möglich einzubeziehen und
268 einen höchstmöglichen Konsens zu erzielen. Dabei ist die Auseinandersetzung
269 mit wichtigen außerparlamentarischen AkteurInnen zu suchen – mediale
270 Aufmerksamkeit für einen möglichst partizipativen Erarbeitungsprozess ist
271 erwünscht

272 ● Partizipative Erarbeitung der Wahlstrategie (bis Spätherbst 2015)

273 ○ Die Grundzüge werden in der Kommission Strategie und Wahlen erarbeitet

274 ○ Die Beschlussfassung erfolgt im Landesvorstand nach Konsultation mit

275 ▪ Bezirksvorsitzenden

276 ▪ Abgeordnetenhausfraktion und AG Bezirke

277 ▪ Landeswahlbüro (Wiedereinberufung Herbst 2015)

278 ▪ Landesausschuss

279 Die Abgeordnetenhausfraktion wird gebeten, sich an den Gremien aktiv zu beteiligen.